



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

4. Ratssitzung vom 3. Juni 2026

171. 2025/399

Postulat von Matthias Renggli (SP), Dr. Florian Blättler (SP) und Sandro Gähler (SP) vom 10.09.2025:

Zusammenstellung einer Auswahl an Open-Source-Software und Verlinkung auf einer kuratierten städtischen Website

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Dr. Florian Blättler (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5066/2025): Open-Source-Software bietet in vielen Bereichen eine attraktive Option – vor allem wegen der Flexibilität, Anpassbarkeit, Transparenz und nicht zuletzt dem Datenschutz. Solche Open-Source-Software wird weltweit entwickelt und übertrifft kommerzielle Angebote in manchem Bereich. Gerade in Zeiten von Unsicherheit in den internationalen Beziehungen stellt Open-Source-Software eine zuverlässige Alternative zu proprietärer Software dar. Eines der Hauptprobleme ist der sichere Zugang. Nebst Open-Source- und proprietärer Software finden sich im Internet leider auch massenhaft bössartige Angebote. Oftmals handelt es sich um gehackte Software, die mit Schadprogrammen ergänzt wurde. Die Angst vor der Möglichkeit, sich Schadsoftware auf das eigene Gerät herunterzuladen, hält viele Nutzer*innen davon ab, Open-Source-Software zu nutzen. Sie kaufen sich stattdessen proprietäre Software von Grosskonzernen. Wie alles im Leben ist die Nutzung von Software letztlich eine Frage davon, wem man vertraut oder wer für die Sicherheit bürgt. Wir möchten, dass eine Auswahl an Open-Source-Software zusammengestellt und als Alternative zu proprietärer Software auf einer kuratierten städtischen Webseite bekanntgemacht und verlinkt wird. Das Ziel ist es, die Verlässlichkeit und Reichweite der Stadt zu nutzen. Eine Zusammenarbeit mit Hochschulen oder anderen Gemeinwesen vermag den städtischen Aufwand stark zu reduzieren und die Reichweite zusätzlich zu erhöhen. Gerne weise ich auf das Projekt Neptun der ETH hin, die seit Jahren eine solche Webseite unterhält. Eine städtische Webseite würde einen niederschweligen Zugang zu Open-Source-Software für die Bevölkerung bieten, besonders für Jugendliche und Menschen mit geringem Einkommen. Das Gewerbe würde doppelt profitieren: Einerseits entfallen bei der Verwendung von Open-Source-Software die Lizenzgebühren, andererseits ergeben sich Aufträge zur Anpassung der Software. Eine breitere Nutzerbasis von LibreOffice, Skim, VEC oder anderer hervorragender Open-Source-Angebote würde nicht zuletzt einen Beitrag zur digitalen Souveränität unserer Stadt leisten.*



Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Open-Source ist ohne Zweifel wichtig und soll weiter ausgebaut werden. Der Stadtrat will in diese Richtung gehen. Aber der Bevölkerung einen kuratierten Open-Source-Hinweis zu geben, ist einfach nicht die Aufgabe der Stadt, nicht einmal eine Randaufgabe. Es gibt Private oder Unis, die solche Hinweise geben. Es hat eine gewisse Komplexität und würde bei Organisation und Informatik (OIZ) Ressourcen voraussetzen. Es wäre ehrlicher, eine Motion einzureichen, weil sich eine Person nicht nebenbei darum kümmern kann. Aber auch eine Motion würde ich ablehnen, weil es nicht die Aufgabe der OIZ ist. Wir müssen unsere Kräfte an anderen Orten einsetzen. Es gibt genügend Möglichkeiten, sich zu informieren. Daher will der Stadtrat das nicht mal prüfen.*

Weitere Wortmeldung(en):

Derek Richter (SVP): *Wir begrüssen es grundsätzlich, dass man weg von der proprietären Software geht. Trotzdem lehnen wir das Postulat entschieden ab. Der Markt hat für dieses Problem längst Lösungen geschaffen. Wer eine gute Alternative zu proprietärer Software sucht, findet mit wenigen Klicks ein gutes Angebot. Es braucht keine städtisch kuratierte Plattform. Es braucht keine Linksammlung, die von teuren Beamten gepflegt wird. Das wäre eine Doppelspurigkeit und Symbolpolitik. Letztes Jahr wurde auf der Softwareentwicklungsplattform GitHub die Zahl von einer Milliarde «Repositories» überschritten. Repositories sind Programm-Skripte, Plug-ins oder ganze Betriebssysteme und Applikationen. Viele Open-Source-Projekte sind hervorragend. Andere leiden unter mangelndem Support oder unregelmässigen Updates. Es kann Kompatibilitätsprobleme oder Sicherheitslücken, im schlimmsten Fall Viren geben. Für das Gewerbe und viele Privatpersonen sind ein professioneller Support, klare Haftungsregeln und garantierte Kompatibilität oft entscheidend. Die SP präsentiert uns ihre ideologische Präferenz als unumstrittene Wahrheit. Das ist irreführend. Die Stadt Zürich hat in der Tat andere Sorgen. Gerade das Gewerbe braucht keine nett gemeinten Empfehlungen der Stadt. Es braucht tiefere Steuern, weniger Bürokratie und bessere Rahmenbedingungen. Wir konnten diese Woche mitverfolgen, dass das Gewerbe den Kanton und die Stadt Zürich in Scharen verlässt. Wir möchten den Staat verschlanken, nicht mit Open-Source-Projekten aufblähen. Das Postulat schafft null Mehrwert, ausser einem Genossen eine Stelle zu verschaffen.*

Selina Frey (GLP): *Die GLP hat Stimmfreigabe beschlossen. Wir sind uns einig, dass Open-Source wichtig, aber keine städtische Aufgabe ist. Wir überlassen es den Fraktionsmitgliedern zu entscheiden, welche Seite dieser Abwägung stärker gewichtet wird.*

Karin Stepinski (Die Mitte): *Die Die Mitte-Fraktion unterstützt den Vorstoss. Es kommt nicht oft vor, dass wir dem Stadtrat etwas aufs Auge drücken wollen. Ich selber bin nicht sehr IT-affin und habe mit 56 Jahren viele Kollegen im ähnlichen Alter, die Gewerbler sind. Es ist ein Dschungel, wenn man eine Open-Source-Software sucht. Man fühlt sich hilflos. Man kann schon googeln, wenn man etwas von der Materie versteht. Aber ich habe das nicht geschafft und muss ehrlich sagen, für Menschen wie mich wäre eine solche Webseite nicht schlecht – auch wenn es nicht zu den Kernkompetenzen der Stadt*



zählt. Andererseits gibt es auf der städtischen Webseite auch andere Dinge, die aus unserer Sicht nicht zu 100 Prozent zur Kernkompetenz gehören. Es ist für nicht digitalaffine Menschen wichtig, dass sie geprüfte Informationen aus vertrauenswürdigen Quellen beziehen können. Die Stadt ist vertrauenswürdig und könnte da einen Mehrwert schaffen.

Yves Henz (Grüne): *Die Grünen unterstützen den Vorstoss. Mit den Zeiten ändern sich auch die Aufgaben der Stadt. Wir haben heute bereits darüber diskutiert, dass es die Aufgabe der Stadt oder Gemeinde ist, Infrastruktur für ihre Bevölkerung bereitzustellen. Die Infrastruktur der heutigen Zeit besteht nicht nur aus Strassen, Velowegen und Bäumen, sondern auch aus digitaler Infrastruktur. Bei der digitalen Infrastruktur haben wir eine Situation, die genauso problematisch ist, wie wenn unsere Strassen oder Bäume privatisiert wären und wir jedes Mal bezahlen müssten, wenn wir sie nutzen oder darunter spazieren. Tech-Monopolisten vorrangig aus den USA, die zu den grössten Konzernen gehören, die höchsten Gewinne machen, zur grössten Ungleichheit beitragen und der Central Intelligence Agency (CIA) Zugriff auf Daten geben, haben nichts mit Datensouveränität, Sicherheit oder Infrastruktur für unsere Bevölkerung zu tun. Deshalb sind wir dezidiert dafür, dass die Stadt nicht nur ihre eigene Infrastruktur souverän, datensicher und zugänglich macht, sondern diese auch für die Menschen bereitstellt. Das Wissen, das aufgebaut wurde und wird, soll der Stadtbevölkerung zur Verfügung gestellt werden. Es ist wichtig zu wissen, dass man sich nicht das nächste Virus herunterlädt, das einem die Bankdaten stiehlt. Damit fördern wir Open-Source und sparen in der Stadtverwaltung, bei den einzelnen Privatpersonen und Unternehmen Geld.*

Martina Zürcher (FDP): *Ich habe dem Vorredner gut zugehört. Wenn ich einen Baum in der Stadt Zürich mit der Open-Source-Software im Internet vergleiche, sehe ich zwei grosse Unterschiede: Um hier unter einem Baum durchzugehen, muss ich in der Stadt Zürich sein. Um eine Open-Source-Software zu nutzen, brauche ich einen Internetzugang und kann irgendwo auf dieser Welt sein. Das zeigt, dass das geforderte Anliegen keine Aufgabe der Stadt ist. Es gäbe sogar Tools mit künstlicher Intelligenz (KI-Tools), die diese Liste schneller und günstiger herstellen könnten. Wir lehnen den Vorstoss ab.*

Das Postulat wird mit 70 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat